

Zivilgesellschaft, Demokratie und Kirche in Bolivien

Irene Tokarski

Die bolivianische Gesellschaft: geprägt von widersprüchlichen Traditionen

Bolivien hat eine traditionell gut organisierte Zivilgesellschaft. Nur ein Beispiel unter vielen sind die indigenen Formen der lokalen Zusammenarbeit wie der Ayni, der die reziproke Hilfe zwischen Familien bei der Feldarbeit oder beim Hausbau regelt. Oder die Vereinigungen der Bewässerungsbauern: Über Jahrhunderte hinweg entstanden in Bolivien Bewässerungssysteme in Eigenverantwortung der Landwirte. Ein Beispiel dafür ist der Bewässerungsverband »Apaka Punta« im Sacaba-Tal in der Nähe der Stadt Cochabamba, benannt nach dem Ort (»Apaka Punta«), von dem aus das Wasser der 18 beteiligten Bewässerungs-Subsystemen verteilt wird. Der Verband umfasst etwa 30 Dörfer mit rund 1.500 Familien, vorwiegend indigener Abstammung.

Diese indigenen Organisationsformen bauen auf einem kommunitaristischen, nicht liberalen Gesellschaftsverständnis auf, das die Trennung von Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Privatleben nicht kennt. Das »Gute Leben« (Suma Qamaña) wird als harmonisches Zusammenspiel aller Elemente des Kosmos verstanden, die sich gegenseitig entsprechen, komplementieren und zu Reziprozität verpflichtet sind. Alles ist miteinander verbunden, die Vorfahre mit den Bergen und Flüssen, die Mutter Erde (Pachamama) mit dem Nachbarschaftsfest. In dieser Harmonie werden nach der andinen Kosmvision die Widersprüche und Gegensätzlichkeiten nicht aufgelöst, sondern in existentieller Spannung und Gleichgewicht gelebt und die Pluralität erhalten. Dadurch wird eine dualistische Weltsicht überwunden: Gegensätze müssen nicht unterworfen oder ausgeschaltet, sondern integriert werden (1).

Die erwähnten Institutionen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit bestehen heute in dieser Form nur noch vereinzelt, da sie vor allem im Zuge der Reformen nach der Revolution von 1952 durch die Strukturen einer Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter, die sogenannte *Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia (CSUTCB)*, vor allem im andinen Hochland abgewürgt wurden. Allerdings gibt es bis heute keine flächendeckende Präsenz des bolivianischen Staates im Bildungs- und Gesundheitssystem noch in der Durchsetzung des Rechts, was wiederum den verbliebenen indigenen und gewerkschaftlichen Institutionen eine wichti-

ge Rolle zuspield, ohne dass dabei die Menschenrechte im Vordergrund stehen und mit der sie oft überfordert sind.

Aus der Verschmelzung von indigenen Traditionen wie der Konsenssuche in (für uns endlos) langen Dorfversammlungen und der Verpflichtung zur gemeinschaftlichen Arbeit mit den gewerkschaftlichen Kampf- und Leitungsformen wie Streik und Blockaden entstand in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts der bolivianische Korporatismus, der die Entscheidung der Gemeinschaft über die Wahlentscheidung des Einzelnen stellt, aber gleichzeitig den Staat (zunächst die Diktaturen, dann die neoliberale Demokratie aber auch heute die so genannte sozialistische Partei *Movimiento al Socialismo/MAS* (2), von Evo Morales) als übermächtigen Generalversorger und – wenn er dieser Verpflichtung nicht allumfassend nachkommt – als Erzfeind der sozialen Bewegungen ausgemacht hat; heisst: dem Staat wird zwar nicht unbedingt Gewaltmonopol zugesprochen (weil soziale Bewegungen selbst auch mit Gewalt Recht sprechen und ausüben), aber die alleinige Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung und bessere Einkommen. Diese zugegeben aus liberaler Sicht widersprüchlichen Eigenschaften führen heute zu einem recht komplexen Rollengemisch, das oft von außen nur schwer verständlich ist. Weiter erschwerend kommt hinzu, dass die heutigen Institutionen von einem starken Klientelismus und einer heftigen Korruption geprägt sind.

Demokratie und Zivilgesellschaft in der Regierung Morales

Seit dem Jahr 2006 befindet sich Bolivien in einem historischen Umbruch, der die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen neu definieren soll und muss. Durch den indigenen Präsidenten Evo Morales, gestützt auf seine Regierungspartei werden zum ersten Mal in der bolivianischen Demokratie (seit 1982) die Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit in den Staatsgewalten vertreten. In dieser Umbruchsphase, die deutlich markiert wurde durch die Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung zwischen 2006 und 2009, zeigt sich noch deutlicher als vorher ein dreifaches Spannungsfeld: die regionalen Spannungen zwischen dem östlichen Tief- und dem Hochland im Westen, die ethnisch-kulturellen Spannungen zwischen den 37 verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die Spannungen aus der hohen sozialen Ungleichheit. Dies hat in der Vergangenheit, auch während der Regierung Morales, immer wieder zu blutigen Konflikten geführt. Die daraus resultierende politische Polarisierung durchzieht alle Bevölkerungsgruppen, alle Regionen, die sozialen Bewegungen und auch die Kirchen. Zusätzlich hat sich – gerade Ende 2010 – der Konflikt zwischen Regierung und katholischer Kirche zugespitzt.

Die Regierung Evo Morales hat sich seit 2006 zum einen als Regierung der sozialen Bewegungen, also insbesondere der Gewerkschaften erklärt, und gleichzeitig die Nicht-Regierungsorganisationen als einen der Staats-

feinde ausgemacht, die es bei der angesagten Entkolonisierung zu bekämpfen gilt, da sie mit Finanzierung aus dem Ausland versuchen, neoliberale Politiken auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsschichten aufzuoktroieren. In eine ähnliche Richtung geht die Ablehnung insbesondere der katholischen Kirche, die als koloniale Macht entthront werden soll und ihrer wesentlichen Privilegien (aus demokratischer Sicht: zu recht) enthoben wurde. Allerdings werden wesentliche demokratische Spielregeln kaum eingehalten: die Gewaltentrennung fällt immer wieder dem Hegemonieanspruch der MAS-Regierung zu Opfer; Minderheitenschutz für die kleinen indigenen Völker des östlichen Tieflandes (rund 35 verschiedene Volksstämme) wird als überflüssig betrachtet, da ja ein indigener Präsident und das »Volk« an der Macht sind; Lynchjustiz und illegale Landbesetzungen unterminieren die Rechtsstaatlichkeit ebenso wie eine systematische Kriminalisierung der Opposition. Die Bürger und Bürgerinnen sind zuerst Teil des politischen »proceso de cambio« (Umbruchsprozesses), dem sie ihre eigenen Interessen unterzuordnen haben; dieser Prämisse nachgeordnet hat die Regierung Morales aber auch zum ersten Mal 2010 die Ministerämter und die Abgeordnetensitze paritätisch mit Frauen und Männern besetzt.

Die katholische Kirche: Hoffnungsträgerin und Buhmann

Die katholische Kirche gilt seit vielen Jahrzehnten als die glaubwürdigste Institution Boliviens. Sie betreibt rund 20 Prozent der Einrichtung im sozialen Bereich: Kirchliche Schulen und Universitäten, Gesundheitsstationen und Krankenhäuser versorgen sowohl die ärmste Bevölkerung als auch die elitäre Bildungsschicht mit hochwertigen Dienstleistungen. Gleichzeitig haben die Bolivianische Bischofskonferenz und auch die Kommissionen der Sozialpastoral auf nationaler Ebene und in den verschiedenen Diözesen sich immer wieder für die Menschenrechte besonders der ärmsten Bevölkerungsschichten und die Werte der Demokratie eingesetzt. Bürgerbeteiligung ist ein Schwerpunkt der Arbeit von Sozialpastoral und vielen anderen kirchlichen Einrichtungen wie dem *Centro de Investigación y Promoción del Campesinado CIPCA* (Zentrum für Forschung und Förderung der Kleinbauern), *Acción Cultural Loyola ACLO* (Kulturaktion Loyola) oder den zahlreichen kirchlichen Lokalradios, die in der nationalen Radiokette *Escuelas Radiofónicas de Bolivia ERBOL* (Radioschulen Boliviens) zusammengeschlossen sind.

Seit den Jahrzehnten der Diktatur, von 1960 bis 1982, bis zum Jahr 2005, hat die katholische Kirche zudem eine wichtige Rolle in der Schlichtung sozialer Konflikte gespielt. Immer wieder hat sie Auswege aus heftigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen verhandelt, insbesondere um die Eskalation von Gewalt und den Verlust von Menschenleben zu verhindern (3).

Die Regierung Morales hat dieser politischen Rolle der katholischen Kirche ein Ende gesetzt, und ihr über die Änderung der Verfassung und des Schulgesetzes die meisten Privilegien entzogen, wie etwa den nur katholi-

schen Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Heute versteht sich Bolivien als laikaler Staat, was aber Staatspräsident Evo Morales nicht daran hindert, als spirituelle Autorität aller Bolivianer/innen beim andinen Neujahrsfest am 21. Juni aufzutreten.

Die Auseinandersetzungen zwischen Katholischer Kirche und der Regierung Morales sind zum Teil heftig und entzünden sich vor allem an kirchlicher Kritik an verschiedenen Missständen in der bolivianischen Gesellschaft und staatlichem Handeln, wie zum Beispiel der Zunahme des Kokaanbaus für die Drogenproduktion. Hinter den öffentlichen Wortgefechten kann man auf kirchlicher Seite immer wieder die tief verwurzelte Kommunismusangst wahrnehmen, und auf Regierungsseite die 500 Jahre lang angestaute Wut auf die katholische Bevormundung.

Im vergangenen Monat haben die bolivianischen Bischöfe einen gemeinsamen Hirtenbrief veröffentlicht, der eine Ortsbestimmung für Katholiken im heutigen Bolivien (4) leisten will. Hier in Stichpunkten eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen:

- Die Kirche begrüsst den politischen Wandlungsprozess in Bolivien, der die gleichberechtigte Integration und Partizipation der indigenen Völker endlich ermöglicht. (Católicos en Bolivia N°22) Der indigene Protagonismus in allen Bereichen der Gesellschaft wird als unumkehrbar bezeichnet sollte zu einer Umstrukturierung des Landes führen. (N° 26)
- Andererseits befürchten die Bischöfe, dass die Integration der bisher ausgeschlossenen Bevölkerungsteile – so wie sie bisher vor sich geht – zu neuer Marginalisierung von anderen Gruppen führen könnte (N°28). Immer noch ungewöhnlich für kirchliche Schreiben, wird der Pluralismus als positives Element der Verfassung von 2009 hervorgehoben (N° 30)
- Gleichzeitig warnen die Bischöfe vor der Einschränkung demokratischer Rechte und Prinzipien, durch die Aufhebung der Gewaltentrennung (N° 92-94), durch den Missbrauch der Justiz (N° 83-84) und der Sozialkontrolle (N° 111) für die politische Auseinandersetzung, durch die Einschränkung der Religionsfreiheit und die Beschränkung der kirchlichen Bildungs- und Caritasarbeit, anstatt sie als subsidiären Beitrag zum Gemeinwohl zu würdigen.

Diese äußerst kurze Zusammenfassung kann die derzeitigen Probleme in Bolivien und zwischen Kirche und Regierung nur anreißen. Allerdings lassen sich die Versuche der MAS-Regierung, eine alle Staats- und Gesellschaftsbereiche umfassenden Hegemonie aufzubauen, nicht übersehen.

So wurde die wichtigste NRO für Menschenrechte, die *Asamblea Permanente de Derechos Humanos en Bolivia*, die besonders in den Diktaturen aber auch während der neoliberalen Regierungen (1985-2005) zusammen mit der Katholischen Kirche und dem Defensor del Pueblo eine entscheidende Rolle zur Verteidigung der Menschenrechte gespielt hat, von MAS-Aktivist*innen systematisch unterwandert und zum Sprachrohr der Regierung umfunktioniert. Eine ähnliche Taktik verfolgte die Regierung mit der Ombudsperson, die gegen heftigen Widerstand und trotz besserer Kandidat*innen aus den eigenen Reihen besetzt wurde.

Es bleibt vom ehemaligen Dreigestirn der einflussreichsten Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte heute nur noch die katholische Kirche als unabhängige gesellschaftliche Kraft. Sie hat dabei zumindest drei komparative Vorteile, die ihr zur Verpflichtung werden:

1. Ihr hoher Rückhalt in der Bevölkerung (ca 75 % nennen sich katholisch), ihre Basisstrukturen und sozialen Einrichtungen, und ihre Glaubwürdigkeit.
2. Ihre lange und ertragreiche Arbeit für demokratische Rechte und gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit, die institutionellen und personellen Erfahrungen in Bürgerbeteiligung und politischem Engagement, zu dem auch der letzte Hirtenbrief wieder aufruft.
3. Ihre internationale Vernetzung in erprobten Strukturen der Solidarität und Unterstützung, die ihr auch eine Finanzierung unabhängig vom Staat erlauben, und die jahrzehntelange Erfahrung von internationaler Entwicklungszusammenarbeit über Institutionen wie Misereor u.v.a.m.

Wege zu einer demokratischen und interkulturellen Gesellschaft

Die bolivianische Gesellschaft hat sich mit vielen Altlasten in einen politischen Wandlungsprozess begeben, der gerade erst an seinem Anfang steht. Dass nun die indigene Bevölkerungsmehrheit auch die Regierung stellt, wird von allen ernst zunehmenden politischen Kräften begrüßt. Jedoch muss in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion in Bolivien Platz sein für unterschiedliche Positionen, für politische Auseinandersetzung und kritische Kommentare aus der Opposition, aus der Presse und den Kirchen. Das Streben nach politischer Hegemonie darf widersprechende Stimmen nicht auslöschen oder kriminalisieren, weil sie nicht so harmonisch oder inklusiv sind, wie sich eine Regierungspartei selbst sieht. Pluralität ist nicht nur ein Gedankenspiel, sondern äußert sich speziell im Umgang mit abweichenden Meinungen. Konsens beruht auf freiwilliger Zustimmung und nicht auf dem Ausschluss von Andersdenkenden.

Bisher gibt es nur wenige unabhängige und glaubwürdige Organisationen, die für den konkreten Schutz von Demokratie, Menschenrechten und einer kritische, plurale Zivilgesellschaft öffentlich eintreten - die katholische Kirche ist eine davon. Sie kann die Stärkung einer vielfältigen und propositiven Zivilgesellschaft unterstützen, allerdings wird dies über kurz oder lang auch Konsequenzen für ihre eigenen, nicht so demokratischen und partizipativen Strukturen haben. Ob die bolivianische Kirche dazu fähig ist, werden die nächsten Jahre zeigen.

Anmerkungen

(1) Vgl. Zum Konzept des Guten Lebens, Suma Qamaña: Irene Tokarski: Gutes Leben für alle. Zum ethischen Konzept Suma Qamaña in der aktuellen bolivianischen Realität. In: Demele, Markus / Hartlieb, Michael / No-weck, Anna (Hrsg.): Ethik der Entwicklung. Sozialethische Perspektiven in Theorie und Praxis. Forum Sozialethik, Band 9. Münster: Aschendorff 2011.

(2) Bewegung zum Sozialismus, die Abkürzung MAS bedeutet Mehr. (Alle Übersetzungen aus dem Spanischen wurden von der Autorin erstellt.)

(3) Vgl. zur historischen Rolle der Kirche in Bolivien: Tokarski: Kirche und Partizipation in Bolivien. Münster (Lit) 2006.

(4) Carta Pastoral: »Los Católicos en la Bolivia de hoy: presencia y compromiso«. Cuaresma 2011.

www.iglesia.org.bo ; abgerufen am 24.5.2011

Autorin

Dr. Irene Tokarski lebt seit 15 Jahren in La Paz, ist promovierte Sozialethikerin und Journalistin, hat sowohl in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet wie auch in der kirchlichen, hat insbesondere die Erlassjahrkampagne sowie den kirchlichen Konsultationsprozess Foro Jubileo 2000 in Bolivien gegründet und koordiniert, und leitet derzeit die Arbeitsstelle Christliche Sozialethik in der Fundación Jubileo, einer kirchlichen Stiftung für sozialpolitische Erwachsenenbildung in La Paz.

Kontakt:

tokarski@entelnet.bo

<http://irene-tokarski.blogspot.com/>

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de